



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

30.05.2025	Mitteldeutscher Rundfunk: Tschechien bestätigt Pläne für Bau von Mini-Atomreaktoren	3
30.05.2025	HERZOG Magazin: Jülicher Atommüll in Düsseldorf diskutiert	5

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Mitteldeutscher Rundfunk

Tschechien bestätigt Pläne für Bau von Mini-Atomreaktoren

30. Mai 2025 16:26 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bildrechte: IMAGO / Zoonar Wie sind die umliegenden Gebiete in das Verfahren eingebunden?

Tschechien will kleine **Atomreaktoren** nahe Sachsen bauen. Das tschechische Wirtschaftsministerium bestätigte entsprechende Pläne. Aktuell läuft ein Verfahren zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Bis Mitte Juni können auch deutsche Behörden und Bürger mögliche Umweltbedenken einreichen. Die meisten deutschen Parteien kritisieren das Vorhaben.

Mini-AKW mit geringerer Leistung Stellungnahmen aus Deutschland bis 13. Juni möglich

Das tschechische Wirtschaftsministerium hat Pläne für den Bau kleiner modularer **Atomreaktoren** (SMR) bestätigt. Als mögliche Standorte nannte der SMR-Bevollmächtigte des Ministeriums, Petr Třešňák, auf Nachfrage des ARD-Studios Prag unter anderem Tušimice und Prunéřov in Nordböhmen. Beide Standorte sind nur wenige Dutzend Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Dort sollen bestehende Kohlekraftwerke durch neue **Atomreaktoren** ersetzt werden. Laut Třešňák könnten die ersten Anlagen ab etwa 2040 ans Netz gehen. Für einige Standorte laufen demnach bereits Vorbereitungen für Umweltverträglichkeitsprüfungen, an denen sich auch die deutsche Seite beteiligen könnte.

Mini -AKW mit geringerer Leistung Bei einem SMR handelt es sich um eine neue Generation kleiner **Atomreaktoren** mit geringerer Leistung als herkömmliche Reaktoren. Sie sollen in Serie gefertigt werden können. Ein Gutachten im Auftrag des **Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** (BASE) bescheinigt SMR zwar "potenziell sicherheitstechnische Vorteile", etwa durch ein geringeres radioaktives Inventar pro Reaktor. Gleichzeitig warnt das **Bundesamt** aber, dass die größere Anzahl benötigter Reaktoren das Gesamtrisiko "um ein Vielfaches" erhöhen könnte.

Auch die Wirtschaftlichkeit ist umstritten: Dem **BASE** zufolge müssten im Durchschnitt rund 3.000 SMR gebaut werden, damit sich die Produktion wirtschaftlich rentiert. Wie bei konventionellen **Atomkraftwerken** bleibt zudem die Frage der **Entsorgung** ungelöst. Stellungnahmen aus Deutschland bis 13. Juni möglich

Das Projekt befindet sich derzeit in der sogenannten Scoping-Phase – einer Vorprüfung möglicher Umweltauswirkungen. Noch bis zum 13. Juni können deutsche Behörden und die Öffentlichkeit Stellungnahmen zu möglichen Auswirkungen auf das eigene Staatsgebiet beim Umweltministerium der Tschechischen Republik einreichen.

Die tschechische Regierung sieht in der **Atomenergie** einen zentralen Baustein für die geplante Energiewende und die Abkehr von Kohle. ARD-Korrespondent Danko Handrick berichtete allerdings, dass die Diskussionen in Tschechien um die **Atomkraft** oft langwierig seien. Zwar wolle die Regierung neue **Atomkraftwerke** unbedingt vorantreiben – Streit gebe es jedoch regelmäßig um offene Finanzierungsfragen, auch beim Ausbau bereits bestehender **Atomstandorte**. AfD begrüßt **Atomkraft** – CDU und SPD lehnen sie ab

Der energiepolitische Sprecher der AfD im sächsischen Landtag, Jan-Oliver Zwerg, findet die Pläne gut, mit **Atomkraftwerken** alte Kohlekraftwerke zu ersetzen. Er würde dies auch gern in Deutschland umsetzen. Zwerg relativierte die weit verbreitete Sorge um die Sicherheit der **Atomkraftwerke**. Es gebe keine Technik ohne Risiko, sagte er. Auch bei den erneuerbaren Energien gebe es Risiken für Leib und Leben. Es habe auch schon Vorfälle gegeben, bei denen Windräder einfach umkippten. Technik sei generell nicht risikofrei. Dagegen entgegnete Ina Klemm, energiepolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Windräder könne man nicht mit **Atomenergie** vergleichen. Die Baupläne an der Grenze hätten sie überrascht und erschrocken. Es würde weniger gefährliche Wege zur Energiegewinnung geben, sagte sie. Diese sollten genutzt werden, auch wenn die Entwicklung des Baus von **Atomkraftwerken** technologisch weiter wäre als noch vor 50 Jahren. Jedoch bleibe es **Atomkraft**.

Aus der SPD hieß es, eine Investition in **Atomenergie** sei nicht zeitgemäß. Bis der Bau eines **Atomkraftwerk** stehe, sei das Stromnetz für erneuerbare Energiegewinnung längst verbessert, erklärte die umweltpolitische Sprecherin Simone Lang. Grüne kritisieren Vorhaben

Die Grünen haben scharfe Kritik an dem tschechischen Vorhaben geübt und alle Bürger im Erzgebirgskreis dazu aufgerufen, eine Stellungnahme abzugeben. "Die Bürgerbeteiligung ist ein zentrales Element, um eine transparente und umfassende Bewertung der langfristigen Umweltauswirkungen und die Sicherheitsrisiken zu berücksichtigen", hieß es in einer Pressemitteilung des Grünen-Kreisverbands Erzgebirge.

Kreisverbandssprecher Ruben Ramirez Cutino sagte, die SMR-Technologie sei noch nicht ausgereift. "Das geplante Kraftwerk birgt ein erhebliches Unfallrisiko, dessen mögliche langfristige Folgen nicht zu unterschätzen sind", so Ramirez.

Nicht außer Acht lassen sollte man zudem die **Endlagerung** des **Atom Mülls** auch bei modernen Anlagen und der hohe Wasserverbrauch, sagte Carolin Renner, Sprecherin der Grünen im Kreisverband Görlitz. Gerade in Zeiten von Dürre könne man es sich nicht leisten, Wasser aus dem Naturkreislauf zu nehmen.



Jülicher Atommüll in Düsseldorf diskutiert

30. Mai 2025 12:07 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordern den Verzicht auf Castor-Transporte aus Jülich. TEILEN

Der Wirtschaftsausschuss des NRW-Landtags in Düsseldorf hat sich in dieser Woche mit einem neuen Bericht von NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) zur Atommüll-Problematik in Jülich auseinandergesetzt. Neubaur lehnt darin eine komplette Übernahme möglicher Mehrkosten für den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich ab. Sie verweist dabei auf die zwischen Bund und Land vereinbarte Kostenteilung im Verhältnis von 70 (Bund) zu 30 (NRW). Die Bundesregierung hatte zuvor signalisiert, auf die geplanten 152 Castor-Transporte mit rund 300.000 Brennelementekugeln von Jülich nach Ahaus zu verzichten, wenn NRW die Mehrkosten für einen solchen Neubau übernimmt.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz nehmen diesen Bericht zum Anlass, noch einmal das „fortgesetzte Hin- und Hergeschiebe“ der Verantwortung für die Zukunft des hochradioaktiven Atommülls in Jülich zwischen dem Bund und NRW in deutlichen Worten zu kritisieren.

„Wir fordern in dieser festgefahrenen Situation ein sofortiges Moratorium für sämtliche Castor-Transport-Vorbereitungen und dann ernsthafte und zielgerichtete Gespräche zwischen dem Bundesumweltministerium und dem NRW-Wirtschaftsministerium – mit dem Ziel, die bislang größte Transportserie für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland zu vermeiden. Die Sicherheitsfragen geraten bei diesem unwürdigen Streit völlig aus den Augen. Hochradioaktiver Atommüll gehört nicht auf die Autobahnen“, erklärte Marita Boslar vom Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ aus Jülich.

„NRW-Wirtschaftsministerin Neubaur ist noch immer nicht im Aktionsmodus. Sie und der neue Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) müssen jetzt das regeln, was in den letzten 16 Jahren grob fahrlässig versäumt wurde. Angesichts der ungelösten Endlagerfrage sind derartige Atommüll-Verschiebungen von einem Zwischenlager in ein anderes absolut sinnlos. Die erheblichen Sicherheitsgefahren auf den Autobahnen sind aber real und der dadurch für einen langen Zeitraum erforderliche hohe Personalaufwand für die Polizei auch“, ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen waren die Inhalte der Sitzung ebenso wenig bekannt wie der Bericht der Ministerin, teilte die JEN auf Anfrage mit. Unabhängig davon ließe sich jedoch festhalten: „Handlungsbestimmend für die JEN ist allein die Anordnung zur unverzüglichen Räumung des AVR-Behälterlagers durch die Atomaufsicht des Landes NRW (MWIKE). Es ist also die Option umzusetzen, die eine schnellstmögliche, sichere Räumung des Jülicher Zwischenlagers ermöglicht. Für die Realisierung der Transporte nach Ahaus liegt bereits die Genehmigung zur Einlagerung in Ahaus rechtskräftig vor. Darüber hinaus rechnen wir in diesem Sommer auch mit der Beförderungsgenehmigung für die Transporte nach Ahaus. Damit wären die formalen Voraussetzungen für diese Option erfüllt und sie wäre gemäß der Räumungsanordnung auch umzusetzen. Für die Durchführung der Transporte und damit den Abschluss der Ahaus-Option benötigen wir nach aktuellen Planungen rund 2 Jahre. Für die Realisierung der Neubau-Option hingegen sehen die Planungen einen Zeitraum von rund 9 Jahren vor.“

Landtagsabgeordnete Dr. Patricia Peill (CDU) weist hingegen darauf hin, dass Castor-Transporte Bundessache sind. „Die Genehmigung möglicher Castor-Transporte liegt in der alleinigen Zuständigkeit des Bundes. Zuständige Behörde ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), nicht das Land Nordrhein-Westfalen,“ erläutert Peill. Die NRW-Atomaufsicht hatbe im Rahmen einer freiwilligen Behördenbeteiligung eine fachliche Stellungnahme abgegeben, die keine politische Bewertung enthält. „Für das Zwischenlager in Jülich liegt seit Jahren keine gültige Genehmigung mehr vor – ein rechtlich unhaltbarer Zustand, der eine zügige Lösung erfordert. Ein Transport nach Ahaus oder der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich wären denkbare Optionen. Letzteres scheitert bislang an fehlenden Entscheidungen auf Bundesebene, insbesondere der Freigabe zum Erwerb nötiger Flächen durch die JEN durch das Bundesforschungsministerium“, so Peill weiter. „Das Land NRW hat keine rechtliche Möglichkeit, eigenständig zu handeln. Eine tragfähige Lösung setzt daher klare Verantwortungsübernahme und konstruktive Schritte durch die zuständigen Bundesbehörden voraus“, sagt Patricia Peill abschließend.